



MARCUS WEINBERG

Mitglied des Deutschen Bundestages

PRESSEMITTEILUNG

Motivation für einen guten Start in die berufliche Zukunft Junge Hamburgerinnen und Hamburger in Heimen und Pflegefamilien werden gestärkt

Berlin, 18.10.2019 - Auf Initiative der Familienpolitiker der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat es nun eine politische Einigung mit dem Koalitionspartner SPD auf eine Reduzierung der Kostenheranziehung gemäß § 91 Abs. 1 Achstes Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII) von 75 Prozent auf 25 Prozent gegeben für Kinder und Jugendliche in der Vollzeitpflege und Heimerziehung. Die Regelung soll nun schnellstmöglich umgesetzt werden.

Dazu können Sie Marcus Weinberg, Abgeordneter für Hamburg und Altona und familienpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Deuten Bundestag, zitieren:

„Derzeit müssen in Hamburg alle Jugendlichen, die in Heimen und Pflegefamilien leben, drei Viertel ihres Einkommens an den Staat abgeben. Das ist zu viel und raubt den jungen Menschen am Anfang ihrer beruflichen Laufbahn die Motivation. Wir wollen sie aber stärken und motivieren Eigenverantwortung zu übernehmen. Mit unserem Koalitionspartner haben wir nun vereinbart, dass die Abgaben künftig von 75 Prozent auf 25 Prozent reduziert werden sollen.“

Es war mir ein Herzensanliegen, die jungen Hamburgerinnen und Hamburger in Heimen und Pflegefamilien endlich deutlich zu entlasten, denn sie tun sich oft schwerer beim Berufseinstieg als Kinder aus stabilen Elternhäusern. Wir müssen ihnen Anerkennung schenken und sie moralisch unterstützen beim Weg in die Berufstätigkeit. Die derzeitige Regelung ist höchst demotivierend für die jungen Erwachsenen und sorgt für ungleiche Chancen beim Einstieg in den Arbeitsmarkt. Zudem wird in Hamburg das aktuelle Verdienstjahr als Grundlage für die Einkommensberechnung herangezogen, was den Jugendlichen einen zusätzlichen Nachteil verschafft und im SGB VIII so nicht vorgesehen ist. Denn wenn im Vorjahr noch kein Einkommen erzielt wurde, verschiebt sich die Kostenheranziehung und erleichtert den Start in ein selbstständiges Leben.

Bereits in der letzten Legislaturperiode wollten wir diese Regelung im SGB VIII ändern, doch das Gesetzespaket des Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes wurde im Bundesrat aufgehalten. Derzeit berät der Deutsche Bundestag den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung des Neunten und des Zwölften Sozialgesetzbuches und anderer Rechtsvorschriften, das kleinere Anpassungen in einigen



MARCUS WEINBERG

Mitglied des Deutschen Bundestages

PRESSEMITTEILUNG

Sozialgesetzbüchern vornimmt - unter anderem auch eine Änderung bei der Kostenheranziehung von Heim- und Pflegekindern im SGB VIII. Hier werden wir festschreiben, dass die Jugendämter das durchschnittliche Einkommen des Vorjahres heranziehen müssen. Gerne hätten wir zusätzlich die neue 25-Prozent-Regelung dort eingebracht, doch es gab wieder Vorbehalte seitens der Bundesländer. Wir werden somit die Reduzierung in einem der nächsten Gesetzgebungsverfahren nachreichen.

Ich freue mich sehr, dass sich nun auch die Linken, Grünen und die FDP Bundestagsfraktionen uns anschließen und eine Reduzierung der Kostenheranziehung fordern. Gerade die Grünen können auch in Hamburg darauf hinwirken, dass unser Vorschlag akzeptiert wird.

Das Bundesfamilienministerium wurde gebeten, kurzfristig Abstimmungen mit den Ländern vorzunehmen, sodass wir möglichst noch in diesem Jahr die Erleichterungen für die betroffenen Jugendlichen umsetzen können. Sie sollen nicht schlechter gestellt werden, sondern gestärkt in ihre Zukunft starten. Viele junge Menschen warten auf unser Handeln“